An das Stadtparlament

Winterthur

Kenntnisnahme von der Umsetzung der Verkehrsordnung für eine verkehrsberuhigte Stadthausstrasse und Abschreibung der Motion betreffend Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse (GGR-Nr. 2017.161)

Antrag:

1. Von der Umsetzung der Verkehrsordnung für eine verkehrsberuhigte Stadthausstrasse durch Motorfahrzeugverbots-, Parkverbots- und T30-Zone und durch Änderung der Veloparkierung vom 4. Dezember 2019 (SR.19.830-3) wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion betreffend Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse (GGR-NR. 2017.161) wird damit als erledigt abgeschrieben.

Weisung:

1. Verkehrsberuhigung und Aufwertung Stadthausstrasse

Am 4. Dezember 2017 wurde im Grossen Gemeinderat (neu Stadtparlament) eine Motion (GGR-Nr. 2017.161) eingereicht, welche die Verkehrsberuhigung der Stadthausstrasse forderte. Diese Motion wurde vom Parlament am 26. August 2019 erheblich erklärt.

Der Stadtrat hat in der Motion wie auch im Postulat betreffend Aufenthaltsqualität an einer verkehrsberuhigten Stadthausstrasse (GGR-Nr. 2017.160) versichert, dass er bereit ist, die Planung für eine Aufwertung der Stadthausstrasse unverzüglich voranzutreiben (vgl. dazu Medienmitteilung vom 21. Dezember 2018 «Die Stadt will die Verkehrsberuhigung und Aufwertung der Stadthausstrasse aktiv vorantreiben»). Unter anderem ist diese Absicht auch im Legislaturprogramm 2018 bis 2022 des Stadtrates mit der Massnahme zur Erarbeitung eines Konzepts «Stadthausstrasse ohne Durchgangsverkehr» (ME.12.30) enthalten. Es sei aber, so der Stadtrat weiter, erfahrungsgemäss mit vier bis sechs Jahren für die Planung, die gesetzlich vorgeschriebenen Mitwirkungsverfahren und die entsprechenden politischen Entscheidungsprozesse zu rechnen, bis ein Strassenbauprojekt umsetzungsreif ist.

2. Schrittweises Vorgehen

Deshalb hat sich der Stadtrat zum Ziel gesetzt, in einem ersten Schritt die Stadthausstrasse zu beruhigen. Das Kernelement dieses Vorgehens sind die Einführung von Tempo 30 sowie ein Motorfahrzeugverbot mit Ausnahmen. Der Stadtrat sah vor, diese von breiter Seite gewünschte Verkehrsberuhigung kurzfristig, kombiniert mit einfachen, provisorischen Massnahmen zur gestalterischen Aufwertung umzusetzen. Mit einer temporär angepassten Strassenraumgestaltung sollten bestehende Nutzungskonflikte entflochten, der Stadtraum aufgewertet und zusätzliche Freiräume geschaffen werden. Weil es sich um eine von breiter Seite gewünschte Verkehrsberuhigung und um provisorische Massnahmen handelte und um Zeit zu sparen, wurde das breite

Mitwirkungsverfahren gemäss § 13 Strassengesetz (StrG) (Einwendungsverfahren ohne Einspruchsmöglichkeiten) nicht durchgeführt. Hingegen wurde in Aussicht gestellt, das Verfahren gemäss § 13 StrG bei dem auf einem Betriebs- und Gestaltungskonzept basierenden späteren definitiven Aufwertungsprojekt durchzuführen. Die Erfahrungen mit den provisorischen Massnahmen sollten dabei ebenso in das zukünftige Aufwertungsprojekt einfließen wie ein breiter öffentlicher Mitwirkungsprozess.

3. Einsprachen zum temporären Strassenprojekt und Rekurs gegen die Verkehrsanordnung

In der Folge zur Publikation der Verkehrsanordnung und der Publikation des temporären Strassenprojektes im Einspracheverfahren nach § 16 Strassengesetz (StrG) vom 5. Dezember 2019 kam es zu Einsprachen zum temporären Strassenprojekt und zu einem Rekurs gegen die Verkehrsanordnung. Die Einsprachen umfassten unterschiedlichste Anliegen, so zum Beispiel den Verzicht auf die Einführung von Tempo 30 und auf jegliche provisorische bauliche Massnahmen sowie den Verzicht auf die Aufhebung von Motorfahrzeug-Parkplätzen und Veloabstellplätzen. Darüber hinaus wurden diverse Anträge gestellt zur Veloführung, zur Anordnung von Bushaltestellen oder zu baulichen Ausführungsdetails.

Das Departement Bau hat in der Folge sofort Kontakt mit den Einsprechenden/Rekurrierenden aufgenommen und über die vorgebrachten Punkte intensiv verhandelt. Das Departement Bau hat in den Verhandlungen den Standpunkt der Stadt umfassend dargelegt. In verschiedenen Punkten konnten sich Stadt und Einsprechende/Rekurrierende einigen. Es gab aber vereinzelt Themen, wo keine Einigung erzielt werden konnte.

4. Verzicht auf temporäres Strassenprojekt und prozessuale Klärung Verkehrsanordnung

Das Departement Bau hat sich nach Abbruch der Gespräche entschieden, vorerst auf die Umsetzung der temporären baulichen Massnahmen zu verzichten und die strittigen Fragen zur Verkehrsanordnung prozessual klären zu lassen. Dies mit dem Ziel, die Massnahmen zur Verkehrsberuhigung möglichst bald umsetzen zu können. Es war zu diesem Zeitpunkt aber klar, dass die Frist zur Umsetzung der Motion für eine verkehrsberuhigte Stadthausstrasse bis Ende Februar 2021 nicht eingehalten werden kann. Der Stadtrat hat dem Parlament am 16. Dezember 2020 eine Fristerstreckung bis 30. Juni 2022 beantragt, welcher das Parlament am 1. Februar 2021 zugestimmt hat.

Das Statthalteramt wies den Rekurs am 23. Januar 2020 vollumfänglich ab. Es sprach den Rekurrierenden die Legitimation zur Rekuserhebung mehrheitlich ab und entschied, dass der Stadt kein Fehler bei der Verfahrenskoordination vorzuwerfen sei. Dieser Entscheid des Statthalteramts wurde von einem Teil der Rekurrenten an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Das Verwaltungsgericht bestätigte mit Urteil vom 10. Februar 2022 den Entscheid des Statthalteramts und wies die Beschwerde ab. Das Urteil des Verwaltungsgerichts erwuchs in Rechtskraft. Am 24. Mai 2022 hat der Stadtrat mit einer Medienmitteilung «Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse wird umgesetzt» über das Urteil und das weitere Vorgehen informiert.

5. Umsetzung Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse und Rückzug temporäres Strassenprojekt

Das Tiefbauamt koordiniert die Anpassungen von Signalisation und Markierung mit dringenden Belagsarbeiten. Voraussichtlich bis zu den Herbstferien wird Tempo 30 eingeführt, das Verbot für Motorfahrzeuge mit Ausnahmen signalisiert und die Veloabstellplätze angepasst. Im Jahr 2023 müssen in der Stadthausstrasse dringend nötige Sanierungsarbeiten durchgeführt werden. Dabei werden auch die Bushaltestellen an die Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes angepasst. In diesem Zusammenhang wird dann das neue Tempo-30-Regime mit markierungstechnischen Anpassungen der Stadthausstrasse und insbesondere des Knotens Lind-/Stadthausstrasse verdeutlicht.

Nebst der Einführung von Tempo 30 und einem Verbot für Motorfahrzeuge waren auch temporäre bauliche Anpassungen wie eine abschnittsweise Verbreiterung der Trottoirs geplant, welche zusammen mit der Verkehrsanordnung publiziert wurden. Dieses vom 5. Dezember 2019 bis 20. Januar 2020 öffentlich aufgelegte temporäre Strassenprojekt hat der Stadtrat am 8. Juni 2022 zurückgezogen (SR.22.399-1). Gegen diesen Entscheid kann von den Einsprechenden beim Baurekursgericht Rekurs erhoben werden.

6. Fazit

Mit der Umsetzung der rechtskräftigen Verkehrsanordnung wird die Stadthausstrasse (inkl. Bankstrasse, Lindstrasse zwischen Stadthaus- und Museumstrasse, Bahnhofplatz sowie Museumstrasse westlich der Merkurstrasse) zu einer Motorfahrzeug- und Parkverbotszone. Zudem gilt neu Tempo 30.

Von den Verboten ausgenommen sind in der gesamten Zone Linienbusse, Taxi, Güterumschlag, Ladetätigkeiten, Hotelgäste und weitere Berechtigte. Im Bereich zwischen der General-Guisan- und der Lindstrasse ist zusätzlich die Zufahrt zum Parkhotel gestattet. Die IV-Felder im Bereich der Stadthausstrasse 8 bleiben bestehen. Das Halten im Bereich der Stadthausstrasse 24 in Richtung Bahnhof und im Bereich Stadthausstrasse 123 bis 131 in Richtung Obertor wird dauerhaft verboten. Die Stadthausstrasse und die Zufahrtswege liegen in der Parkverbotszone; die Parkfelder werden aufgehoben.

Die Streifen für Fussgängerinnen und Fussgänger über die Stadthausstrasse im Bereich der Schmidgasse, im Bereich der Liegenschaft 57 (Rathausdurchgang) und im Bereich des Stadthauses werden aufgehoben. Ebenfalls aufgehoben wird der Streifen für Fussgängerinnen und Fussgänger über die Lindstrasse im Bereich des Stadthauses. Bei der Schmidgasse wie auch beim Knoten Stadthaus-/Lindstrasse werden mit einer farblichen Gestaltung der Strassenoberfläche Querungshilfen für Fussgängerinnen und Fussgänger erstellt. Der Streifen für Fussgängerinnen und Fussgänger im Bereich des Altstadtschulhauses bleibt bestehen bzw. wird aufgrund einer neuen Querungshilfe leicht angepasst angeordnet.

Die Veloparkplätze zwischen Bahnhofplatz und der Liegenschaft Stadthausstrasse 24 werden aufgehoben. In der Bank- und in der Stadthausstrasse werden zusätzliche Veloparkplätze mit einer maximalen Abstellzeit von 48 Stunden erstellt. Sämtliche an der Stadthausstrasse bestehenden Motorradparkplätze werden aufgehoben. An der Museumstrasse, beim Knoten Lind-/Museumstrasse, werden drei PW-Parkplätze aufgehoben. Sie werden neu als Motorrad-Parkplätze signalisiert und markiert. Drei weitere Parkplätze werden neu auf 15 Minuten begrenzt.

Damit wird das Anliegen der Motion für eine verkehrsberuhigte Stadthausstrasse erfüllt und die Motion kann abgeschlossen werden.

Die Berichterstattung im Stadtparlament ist der Vorsteherin des Departements Bau übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon